

meinhin nur erfragen, wie ein repräsentativer Bevölkerungs-Querschnitt wählen würde, konnte das Statistische Landesamt in der einstigen Kiesinger-Residenz Stuttgart aufschlüsseln, wie die Bürger gewählt haben.

Legalisiert durch einen besonderen Wahlrechtsparagrafen, hatte die zentrale Zähl-Behörde in 141 ausgewählten Stimmbezirken zwei Prozent des Wählervolks getrennt nach Geschlecht und Altersklassen abstimmen lassen. So bekamen die Statistiker, ohne das Wahlgeheimnis zu verletzen, zuverlässiges Hochrechnungs-Material. Ergebnis für Kiesingers Christdemokraten, die damals mit 44,2 Prozent den weitestgehenden Stimmenanteil ergatterten: Männer und Jungmänner sind in der CDU-Wählerschaft unterrepräsentiert, die Macht der Partei ruht auf einem soliden Fundament von alten Mütterchen.

Für die SPD, die 1918 in Deutschland die Damenwahl durchgesetzt hatte, stimmten im Südwesten nur 27 Prozent aller Wählerinnen, von den Frauen über 60 sogar nur wenig mehr als 25 Prozent. Ab 40 sind Frauen, je älter sie werden, offenbar immer weniger von der SPD angetan.

Die Folge: Wiewohl über 31 Prozent der baden-württembergischen Wahlmänner der SPD treu blieben, drückte der schlechte Frauenstimmen-Anteil die Partei-Bilanz auf 29 Prozent der Gesamtstimmen herunter.

Auch die Freien Demokraten, die am 28. April in der altliberalen Südwest-Provinz 14,4 Prozent der Stimmen abschöpften und bei den Jungwählern unter 30 Jahren sogar auf fast 17 Prozent kamen, sind eher ein Männerwerk. Aus allen Altersgruppen entschieden sich weniger Wählerinnen als Wähler für die FDP, und bei den über 60jährigen Damen ist Liebe zu den Liberalen mit 12,1 Prozent so unterentwickelt wie bei keiner anderen Personengruppe.

Noch unzugänglicher allerdings waren Baden-Württembergs Wählerinnen gegenüber den Rechten. Von hun-

dert Stimmbürgerinnen votierten nur knapp sieben auf ihren Wahlzetteln für die Nationaldemokraten, von hundert Jung-Frauen zwischen 21 und 30 nur fünf, von hundert Frauen über 60 sogar nur etwas mehr als vier.

Die feminine Feindschaft relativierte den NPD-Erfolg bei den männlichen Wählern (insgesamt 13,4 Prozent, bei den 45- bis 60jährigen sogar 17,1 Prozent) immerhin so erheblich, daß die Nationaldemokraten am Ende nur 9,8 Stimmprozente erreichten.

Bei der CDU aber ist alles anders. Zwar bestätigte auch Baden-Württembergs Apriltest aufs neue, „daß die CDU in den kleinen und mittleren sowie in den bäuerlichen Gemeinden wie auch in den Gebieten mit größerem Bevölkerungsanteil der Katholiken ihren stärksten Rückhalt fand“ (Statistisches Landesamt). Zudem aber erwies sich, daß

- ▷ von jeweils zehn CDU-Stimmen sechs von Frauen und nur vier von Männern stammen,
- ▷ für die Partei, die im Wahlkampf Sicherheit und Ordnung verhieß, 50,2 Prozent aller Wählerinnen stimmten und von den über 60-jährigen Frauen sogar mehr als 55 Prozent votierten.

Von den 46 000 Stimmen, die Baden-Württembergs CDU im Vergleich zur Landtagswahl 1964 hinzugewann, stammten allein 30 000 von alten Damen über 60 Jahren. Und auch bei den über 60jährigen Männern hat die Partei mit knapp 40 Prozent mehr Anhänger als in jeder anderen männlichen Altersklasse.

„Deprimierend“ fanden die CDU-nahen „Badischen Neuesten Nachrichten“ in Karlsruhe das Zahlenwerk und fragten: „Welche Zukunft kann eine Partei haben, von der sich die jungen Menschen abwenden?“ Und die gleichfalls CDU-freundliche „Schwäbische Zeitung“ (Leutkirch) sorgte sich, „Böswillige“ könnten die CDU „künftig als Partei der alten Frauen abtun“.

Gelassener gab sich Dr. Hans Filbinger, südbadischer CDU-Vorsitzender und Nachfolger Kurt Georg Kiesingers als baden-württembergischer Regierungschef: „Die CDU ist die modernste Partei, die wir haben.“ Doch nun müsse sie wohl, so glaubt auch er, „ihr Bild als eine fortschrittliche Partei deutlicher ausformen“.

## BERLIN

### STATUS

#### Wink vom Bruder

Anfang Juli schickte Sowjet-Botschafter Pjotr Abrassimow seinen Botschaftsrat und Berlin-Experten Belitzky durch die Mauer.

Die Sowjet-Union, so ließ der grauhaarige Kreml-Resident in der DDR Westalliierte wie West-Berlins Senat wissen, betrachte ein geplantes Welt-

\* Beim baden-württembergischen Wahlkampf im April dieses Jahres.



Alliierte Stadtkommandanten, Schütz Eintracht unter den Siegern?

treffen der lettischen Exil-Jugend in West-Berlin als Verstoß gegen den Viermächte-Status, der jegliche Tätigkeit gegen die Siegermächte verbiete.

Briten, Franzosen und Amerikaner verstanden den Wink vom alten Bundesbruder. Am letzten Donnerstag untersagten sie das vom Schöneberger Senat wie der Bundesregierung zunächst gebilligte Emigranten-Treffen. Die Alliierten begründeten, der geplante Kongreß würde „den Interessen der für Berlin verantwortlichen Mächte — und für Berlin selbst — zuwiderlaufen“.

Diese Demonstration längst totgesagter Sieger-Eintracht gerade zu diesem Zeitpunkt war kein Zufall. Denn den drei westlichen Berlin-Schützern ist derzeit an gutem Einvernehmen mit Moskau viel gelegen: Sie wollen Ruhe an der Berlin-Front — wenngleich aus unterschiedlichen Gründen.

Die Franzosen sind mit der Bewältigung ihrer jüngsten Vergangenheit, die Engländer mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten ihres Landes beschäftigt. Die Amerikaner schließlich, daheim wie in Vietnam in Nöten, möchten ihren Abrüstungsdialog mit dem Kreml nicht gefährdet sehen — schon gar nicht durch eine neue Berlin-Krise. So fand es US-Außenminister Dean Rusk Ende Juni auf der Nato-Tagung in Reykjavik an der Zeit, die Konsequenzen zu erörtern, die sich aus der von den Alliierten stets bestrittenen und von Bonn stets geforderten Zugehörigkeit West-Berlins zur Bundesrepublik ergeben.

Willy Brandt, der selber gern wissen will, „wer in Berlin für was zuständig ist“, stimmte der Rusk-Offerte zu, diese Frage in einer deutsch-alliierten Arbeitsgruppe zu untersuchen. Doch noch ehe die Status-Forscher, Beamte der alliierten Bonn-Botschaften und des Auswärtigen Amtes, zu ersten Ergebnissen kamen, verwirrten neue Nachrichten aus Washington die Deutschen: Undementiert berichtete der



Christdemokraten Filbinger, Kiesinger\* Partei der alten Frauen?

# Wir sind Experten für Wärme, Luft und Klima



## — dennoch sind wir kein Reisebüro.

Wir projektieren, fertigen und installieren Luftheizungs-Anlagen, Be- und Entlüftungs-Anlagen, Luftschleier-Anlagen, Klima-Anlagen, Lackier- und Trocknungs-Anlagen, Absaug-Anlagen. Wir produzieren stationäre und mobile Warmluft-Heizgeräte, Komfort-Luftheizungen, Schwimmbad-Thermen, Papierverbrenner. Sie sehen, HEYLO-Ingenieure sind erfahrene Experten für Wärme-, Luft- und Klima-Technik. Wir haben viele Kunden aus Industrie, Handwerk, Handel und Landwirtschaft, hier und in 15 Ländern Europas. Und wir wissen, es gibt noch einen großen Markt für HEYLO-Anlagen und HEYLO-Geräte. Denn ideenreiche technische Konzeptionen mit ausgeprägt rationellen Effekten sind gefragte Komponenten. Wir möchten Ihnen gern mehr über HEYLO-Technik und HEYLO-Service berichten — damit immer mehr wichtige Leute immer mehr über HEYLO wissen. Bitte, fordern Sie unsere Informationsmappe an.

# HEYLO

3203 Sarstedt, 15,  
Ruf (05066) 2571, FS 09 24723

West-Berliner „Tagesspiegel“ von amerikanischen Plänen zur Bildung einer gemischten Berlin-Kommission der vier Siegermächte für Wirtschafts- und Verkehrsfragen.

Die Kommission, so jedenfalls wünschen es sich die Amerikaner, soll die Balgerei der verfeindeten deutschen Brüder um die halbe Hauptstadt wenigstens für die nächsten Jahre beenden und West-Berlin damit die Möglichkeit zu krisenfreier Entwicklung schaffen. Denn die Gründung dieser Viermächte-Kommission würde in der Sicht ihrer Befürworter West-Berlin gleichsam neutralisieren und es der Bundesrepublik wie der DDR verwehren, West-Berlin auch weiterhin entweder als Bundesland oder aber, wie Walter Ulbricht, als „rechtlich zur DDR gehörig“ zu betrachten.

West-Berlins Regenten reagierten verstört. Voller Sorge um die Bindungen der Weltstadt an den Bund, flüchteten sie sich in die Öffentlichkeit. Für das Publikum ohne erkennbaren Grund, beklagte der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz in einer Radio-Ansprache (Titel: „Wo uns der Schuh drückt“) draht- wie ratlos, „daß es über die staatsrechtliche Deutung des Status unserer Stadt keine volle Übereinstimmung zwischen den drei West-Mächten und dem Bund gibt“.

Und die sonst meist tonlose „Berliner Stimme“, das Blatt der regierenden SPD, bereute nun selbstkritisch, was sie jahrelang mitverschuldet hatte: „Es galt als Tabu, diese Meinungsunterschiede in der Öffentlichkeit auszusprechen. Das hat Berlin mehr geschadet als genutzt.“

Den Sowjets hingegen scheint die Entwicklung zu behagen. Diplomaten der Abrassimow-Botschaft zeigten sich in Plaudereien an West-Berliner Kammerangenehm überrascht, wie schnell „die von beiden Großmächten“ erwünschte Diskussion zur Abgrenzung deutscher und alliierter Berlin-Ansprüche in Gang gekommen sei.

Denn wie die West-Mächte sind auch die Sowjets — von Albanern und Chinesen, Rumänen und Tschechoslowaken geplagt — auf Ruhe in Berlin bedacht. Ihnen ist die Abwehr westdeutscher Ansprüche auf die Halbstadt ebenso lästig wie das Drängen ihrer SED, nun endlich die juristisch komplette Eingliederung Ost-Berlins in die DDR zu gewähren.

Unter der Hand gaben die Sowjet-Emissäre ihren alten Verbündeten in West-Berlin zu verstehen, daß sie den ungehinderten Berlin-Verkehr auf der einen und die Aufgabe der Bundespräsenz in der Halbstadt auf der anderen Seite für durchaus konvertierbare Werte halten.

In Bonn freilich, so meldete die „Welt“, hat „das Rätselraten unter den Auguren ... auch jetzt noch nicht aufgehört“, und Bonns Außenminister Willy Brandt beklagte die Ungewißheit um West-Berlin. Brandt zum SPIEGEL: „Jedem, der dort lebt, muß einmal das Kotzen kommen, wenn er immer wieder hört, es sei alles in Ordnung.“